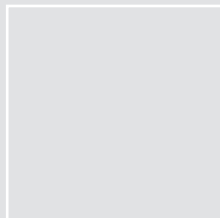
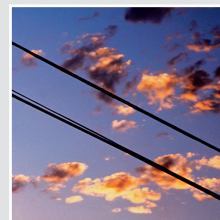
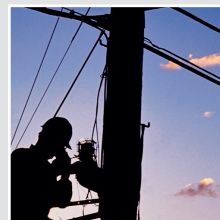
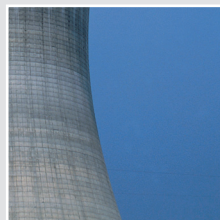
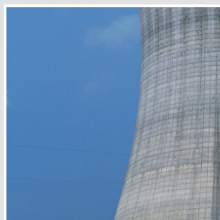
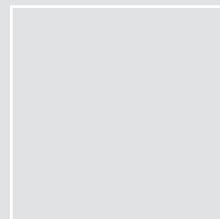
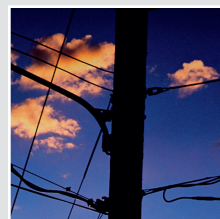
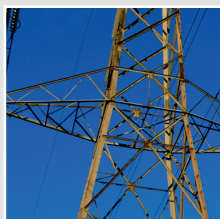
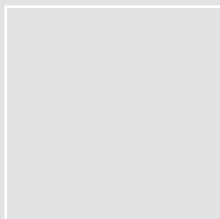
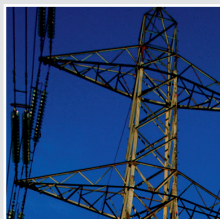


Juni 2009

# Strommarkt Deutschland

Der monatliche Branchenreport



## Thema des Monats: Energiepolitik in Europa – Was kommt nach der Wahl?

- Interview mit Prof. Dr. Claudia Kemfert: „Mehr Wettbewerb kann Monopole schaffen“

## Weitere Themen u.a.:

- Energieleitungsausbaugesetz beschlossen
- Privatkunden für viele Versorger uninteressant
- „Rohstoffpreise bleiben 2009 niedrig“

ener|gate

con|energy gruppe

ISSN-Nr.: 1863-432X

oder zehn Jahren mit konkreten Schritten angegangen werde, heißt es im Wahlprogramm der Öko-Partei. Bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen müsse Europa seiner Vorreiterrolle gerecht werden. Dazu soll Europa seine Wirtschaft nachhaltig umbauen und seine Emissionen bis 2020 um mindestens 30 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent reduzieren. Die Entwicklungs- und Schwellenländer gelte es bei Technologietransfer und Anpassung über geeignete Finanzinstrumente und nachhaltige CDM-Projekte zu unterstützen. Ein Export jeglicher Reduktionsbemühungen, um zu Hause unverändert weiterwirtschaften zu können, wie es sowohl der Emissionshandel als auch die Richtlinie zur Lastenteilung (CDM) aktuell zuließen, setzte dagegen kein Zeichen des Aufbruchs, meinen die Grünen. Auch dürften die EU-Emissionsziele mit Verweis auf die Finanzkrise nicht in Frage gestellt werden. Den europäischen Emissionshandel wollen die Grünen derart verbessern, dass die Emis-

sionen statt wie bisher vorgesehen nicht um 20 sondern um 30 Prozent bis 2020 reduziert werden. Zudem soll die verarbeitende Industrie dem Handel unterliegen. Auch sprechen sich die Grünen für eine vollständige Versteigerung aus, denn nur so funktioniere das Handelssystem marktwirtschaftlich.

Von Atomenergie sollte sich neben Deutschland auch Europa verabschieden, fordern die Grünen. Neue Kohlekraftwerke sollen keine gebaut werden, stattdessen setzen die Grünen auf 100 Prozent erneuerbare Energien, spätestens 2050. Die Grünen wollen dazu das deutsche EEG europaweit verbreiten. Auf dem Energiemarkt soll es außerdem „mehr regulierten Wettbewerb geben“. Die Grünen setzen nach wie vor auf die eigentumsrechtliche Entflechtung. In Deutschland soll es eine Deutsche Netzgesellschaft mit mehrheitlicher öffentlicher Beteiligung geben. Da Strom aus Erneuerbaren vorrangig dezentral erzeugt werde, brauche man außerdem ein intelligentes Netz.

## „Mehr Wettbewerb kann Monopole schaffen“

*Welche Themen haben Europa in den vergangenen fünf Jahren energiepolitisch bewegt, wo ist viel und wo ist nur wenig passiert? Was ist von der nächsten EU-Kommission zu erwarten? Darüber sprach Dennis Fischer, Leitender Redakteur von Strommarkt Deutschland, kurz vor der Europawahl mit Prof. Dr. Claudia Kemfert, Energieökonomin an der Berliner Humboldtuniversität und Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.*

**Strommarkt Deutschland (SMD):** Frau Professor Kemfert, wie fällt Ihre Bilanz nach fünf Jahren EU-Kommission Barroso in der Energiepolitik aus? Wo sind die größten Fortschritte erzielt worden?

**Prof. Dr. Claudia Kemfert:** Die Bilanz fällt insgesamt sehr positiv aus, da der EU-Kommissionspräsident in den fünf Jahren seiner Amtszeit wie keiner vor ihm die wichtigsten und schwierigsten Themen unserer Zeit erfolgreich angegangen ist: die Weichen zu stellen hin zu einer Sicherstellung einer nachhaltigen Energie-

versorgung und dem Schutz des Klimas. Beides hängt eng miteinander zusammen, bisher wurden beide Themen immer getrennt voneinander behandelt. Zum ersten Mal ist es gelungen, dass eine Staatengemeinschaft konkrete Ziele für den Klimaschutz und eine nachhaltige Energiewende formuliert und verbindlich festlegt. In unglaublich kurzer Zeit wurde ein weltweit einmaliges Energie- und Klimaschutzpaket auf den Weg gebracht. Somit ist aus meiner Sicht der größte Fortschritt eindeutig die Einigung und Verabschiedung des Europäischen Energie- und Klimaprogramms. Die starke Akzen-

tuierung des EU-Kommissionspräsidenten auf Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung und Mobilität war sehr vorausschauend und weltweit einmalig. Es ist richtig, sich konkrete Emissionsminderungsziele zu setzen, die Energieeffizienz deutlich zu verbessern und den Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen. Die Länder müssen diese Ziele nun auch aktiv umsetzen.

**SMD:** Würden Sie auch den Emissionshandel bei den Pluspunkten in Ihrer Bilanz aufführen?

**Kemfert:** Die Einführung eines europäischen Emissionsrechtehandels war wichtig und richtig, auch wenn dieser in der Anfangsphase Startschwierigkeiten hatte. Das Instrument ist kompliziert und bedarf einem hohen Verwaltungsaufwand und Informationsbedarf. Nun muss es darum gehen, weitere Länder in der Welt zu überzeugen, es dem europäischen Vorbild gleich zu tun. Durch die richtige Schwerpunkt- und Zielsetzung wurden sehr wichtige Schritte für den aktiven Klimaschutz und eine sichere Energieversorgung verbindlich festgelegt und damit die globale Vorreiterrolle für diese wichtigen Aufgaben übernommen. Ich bin sehr froh, dass ich der Kommission in den letzten Jahren auf diesem Weg beratend zur Seite stehen konnte.

**SMD:** Und wo hat sich eher nichts bewegt oder waren sogar Rückschritte zu verzeichnen?

**Kemfert:** So stark sich die Kommission in allen möglichen Belangen für die Ziele der nachhaltigen Energieversorgung und der effizienten Energienachfrage eingesetzt hat, so wenig ist allerdings im Bereich der Sicherstellung der nachhaltigen Mobilität passiert. Hier muss es darum gehen, die Verkehrsinfrastruktur für ÖPNV und Schienenverkehr zu fördern sowie innovative, CO<sub>2</sub>-freie und nachhaltige Kraftstoffe und Antriebstechniken zu erforschen und auf den Markt zu bringen. Neben der Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionsrechtehandel hätte man seitens Brüssel die Wirtschaft beim Einsatz innovativer Antriebsarten etwa der Elek-

tromobilität viel mehr unterstützen müssen. Die Vorgaben für den Einsatz von Biokraftstoffen waren nicht nachhaltig genug. Derartige politische Kurskorrekturen sind immer schädlich. Zumal es auch darum geht, die Energieversorgung sicherzustellen, was den verstärkten Einsatz von Energiespeichern, den Ausbau der Energieinfrastruktur und den klugen außenpolitischen Dialog mit den wichtigsten Energielieferanten Europas, allen voran Russland, einschließt. All diese Punkte wurden bisher zu wenig ernsthaft umgesetzt, es bleibt also noch viel zu tun für die Spitze der nächsten EU-Kommission.

**SMD:** War das Tempo den Problemfeldern Versorgungssicherheit, Wettbewerb und Klimawandel angemessen?

**Kemfert:** Das Tempo war angemessen, insbesondere war es wichtig, das Energie- und Klimapaket für Europa auf den Weg zu bringen. Der Abstimmungsprozess und die Einigung waren zwar nicht leicht, aber ungemein wichtig und auch richtig. In fünf Jahren ein derart komplexes und vielschichtiges Paket auf den Weg zu bringen, war eine Meisterleistung. Sicherlich benötigt man nun ebenso viel Zeit, um die praktische Ausgestaltung und nationale Instrumente zur Erreichung der Ziele effizient einzusetzen. Die Wirkung der einzelnen Maßnahmen wird man ohnehin erst in einigen Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten, sehen und beurteilen können.

**SMD:** Am Anfang drehte sich in der energiepolitischen Diskussion viel um die eigentumsrechtliche Entflechtung. Heute haben die Unternehmen die Möglichkeit, eine weichere Form wie den ITO oder ISO zu wählen. Ist das Ihrer Meinung nach der Weisheit letzter Schluss oder wird es da unter der nächsten Kommission einen neuen Anlauf geben und vielleicht auch geben müssen?

**Kemfert:** Die reine Fokussierung der vergangenen Jahre der Wettbewerbskommissarin auf die Trennung von Energieproduktion und Netzbetrieb, dem Unbundling, war leider nicht zielführend. Nach zehn Jahren der

Marktöffnung ausschließlich die Trennung von Infrastruktur und Energieproduktion im Blick zu haben, ist zwar wettbewerbstheoretisch nachvollziehbar, kommt jedoch viel zu spät. Denn man hätte dies gleich zu Beginn in allen Ländern verbindlich vorschreiben und umsetzen müssen. Nach der Marktöffnung und unterschiedlichsten Entwicklungen in den einzelnen Ländern war diese Forderung zu einseitig und wenig zielführend.

**SMD:** *Hätte man sich nicht eher auf den Netzausbau konzentrieren sollen?*

**Kemfert:** Wir benötigen dringend den Ausbau der Infrastruktur in den einzelnen EU-Ländern insbesondere zur Einbindung eines erhöhten Anteils erneuerbarer Energien aber auch zwischen den EU-Ländern, damit der Wettbewerb vorankommt. Wichtig ist eine schlagkräftige Regulierung, denn wenn diese funktioniert, ist es unerheblich, wem das Netz gehört. Wir haben wertvolle Jahre verloren, die für den Netzausbau hätten genutzt werden können. Die jüngste Entscheidung aus Brüssel, nicht mehr auf dieser Forderung zu beharren, und damit den Ländern zu überlassen, ob ITO oder ISO, vor allem die Stärkung der Regulierungsbehörden und die bessere Abstimmung und Verbindung der Behörden ist gut und richtig. Ich hoffe nicht, dass nun die Diskussion wieder von vorn beginnt, man sollte nun alles tun, um die Energieinfrastruktur auszubauen.

**SMD:** *Welche Themen und konkreten Projekte müssen zwingend in der nächsten Legislaturperiode gelöst werden?*

**Kemfert:** Die Energieversorgungssicherheit muss stärker ins Visier genommen werden. Am dringendsten erscheint hier der kluge Dialog mit den wichtigsten Energielieferanten der kommenden Jahrzehnte, allen voran Russland. Es muss dringend ein Abkommen mit Russland über die Energieversorgungssicherheit geschlossen werden. Russland hat die bisherige Energiecharta nie ratifiziert und kürzlich eine neue Version vorgelegt. Es scheint am dringendsten, hier rasch eine Ei-

nigung zu finden. Zudem muss die Diversifikation von Energielieferanten weiterhin angestrebt werden und neben dem Abschluss von verbindlichen Abkommen für die Energieversorgung mit den weiteren Liefer- und Transitländern muss vor allem auch der Ausbau der Infrastruktur vorangebracht werden. Darüber hinaus müssen Energiespeicher eingerichtet werden. Einerseits sollten die Energiespeicher bei möglichen Angebotsunterbrechungen die temporäre Energieversorgung in ganz Europa sicherstellen, andererseits sind Energiespeicher notwendig, um Volatilitäten bei der Herstellung von Energie aus erneuerbaren Energien auszugleichen. Wenn derartige Speicher auch gleichzeitig für die Mobilität im Einsatz sein können, wie beispielsweise bei der Elektromobilität, können jegliche Formen der sicheren Energieversorgung ermöglicht werden.

**SMD:** *Wie sieht es mit CCS, der Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub>, aus?*

**Kemfert:** Die Energieversorgung muss insgesamt CO<sub>2</sub>-frei, sicher und bezahlbar sein, d.h. es müssen Alternativen zum Öl und fossiler Energie erforscht und an den Markt gebracht werden. Dies bedeutet unter anderem, dass Kohlekraftwerke CO<sub>2</sub>-arm werden müssen, d.h. das CO<sub>2</sub> muss abgetrennt, transportiert und eingelagert werden. Neben den technischen Konsequenzen müssen auch die geologischen Bedingungen erforscht sowie die rechtlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Außerdem gilt es, alternative Antriebstechniken und -stoffe zu erforschen und den ÖPNV zu fördern und zu stärken.

**SMD:** *In Deutschland scheint sich die Energiepolitik im Wahlkampf vor allem auf die Frage der Kernkraft zu konzentrieren. Sie beraten auch die Kommission. Wie blickt man denn aus Brüssel auf Deutschland in dieser Frage?*

**Kemfert:** Es ist schade, dass sich Deutschland so stark auf die Frage der Kernkraft konzentriert, denn eine sichere und nachhaltige Energieversorgung umfasst deutlich mehr als die Frage der Kernenergie. Brüssel

überlässt die Entscheidung grundsätzlich den Ländern, wie sie ihre energiepolitischen Ziele umsetzen. Es gibt ja in vielen Ländern sehr heterogene Auffassungen nicht nur über die Kernenergie, sondern auch über den Einsatz von erneuerbaren Energien, Kohlekraftwerke oder nachhaltige Mobilität. In Brüssel akzeptiert man selbstverständlich die deutsche Entscheidung, aus der Kernenergie auszusteigen. Allerdings glaubt man bei der EU-Kommission in Brüssel, dass die Verlängerung der Laufzeiten der Kernenergie nicht nachteilig für die deutsche Wirtschaft wäre und auch im Einklang stehen würde mit den Zielen zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Brüssel stellt eindeutig die Klimaschutzziele in den Vordergrund und schaut mit größerer Sorge auf den möglichen Zubau von Kohlekraftwerken aufgrund des Atom-Ausstiegsbeschlusses. Wenn die großen Energiekonzerne nicht in Deutschland die Kraftwerke errichten, werden sie dies in anderen europäischen Ländern tun. Dass Deutschland diese Entwicklung durch die zwiespältigen Entscheidungen forciert, wird in Brüssel weniger verstanden.

**SMD:** *Müsste man die Zukunft der Atomenergie nicht viel mehr europäisch diskutieren? Kritiker monieren, es bringe nichts, wenn Deutschland isoliert aus der Kernkraft aussteigt, ringsum aber Atomstrom hergestellt wird und neue Meiler gebaut werden.*

**Kemfert:** Sicherlich ist es eine europäische, wenn nicht sogar weltweite Frage. Allerdings sind die vielbeschworene Renaissance der Kernenergie und der Neubau von weltweit von mehr als 500 Kraftwerken – die Internationale Energieagentur geht sogar von 1500 neuen Kraftwerken aus – ebenso wenig wahrscheinlich. Die finanziellen Konditionen sprechen nicht für die Kernenergie, außerdem gibt es das Endlager- und Terrorproblem. In Europa wird es vielleicht den einen oder anderen Neubau geben – eventuell in England, obwohl auch dort abzuwarten bleibt, wie die Banken reagieren, wenn keine Subventionen fließen sollen. In der Schweiz muss man den Volksentscheid abwarten und

die Italiener sind ohnehin sehr sprunghaft. Man wird sehen, was von den vielen Ankündigungen bleibt. Dennoch werden vor allem Frankreich und viele osteuropäische Länder die Kernenergie als eine ihrer wichtigsten Energieversorgungsquellen weiterhin einsetzen. Insofern wäre eine europäische Sicht und Entscheidung sinnvoll, das widerspricht jedoch dem Ansatz der Länderhoheit.

**SMD:** *Aber die sichere Versorgung der EU können doch nicht die Staaten im Einzelnen regeln?*

**Kemfert:** Insgesamt muss künftig gefragt werden, inwieweit die Energieversorgungssicherheit nicht in erster Linie eine europäische Aufgabe ist. Sowohl die Knappheiten in der Infrastruktur als auch bei den Kraftwerkskapazitäten sowie bei den Energiespeichern und im Transport sind so elementar und nicht nur regionalbezogen, dass sie eine übergeordnete Überwachung und mögliches Eingreifen und Handeln rechtfertigen würden. Dazu gehören Gasspeicher, Netze, Pipelines genauso wie Kraftwerkskapazitäten und auch innovative Antriebstechniken oder Energiespeicherung. Energieversorgungsschwierigkeiten sind übergeordnete Probleme, die in Brüssel gelöst werden sollten.

**SMD:** *Welcher war für Sie der unsinnigste Vorschlag in der europäischen Energiedebatte der letzten fünf Jahre?*

**Kemfert:** Die permanente Forderung nach dem Unbundling ohne auf die tatsächliche energiewirtschaftliche Entwicklung und Begebenheiten in den einzelnen Ländern, in Europa und auch global, zu schauen. Mehr Wettbewerb kann im Energiemarkt Monopole schaffen. Die kapitalstarken ausländischen Unternehmen warten nur auf viele kleine Energieanbieter-Häppchen. Die langen Zeithorizonte der Energiewirtschaft sind nicht mit denen der Telekommunikationsmärkte zu vergleichen. Eine rasche Umsetzung wäre ohnehin schwierig geworden. Auch haben einige nicht verstanden, dass eine richtige Regulierung entscheidend ist.

**SMD:** *Welcher Politiker, Verband oder welches Unternehmen hat für Sie den interessantesten Beitrag in der zurückliegenden Periode geleistet?*

**Kemfert:** Als deutscher Politiker ist eindeutig die Bundeskanzlerin zu nennen sowie vor allem der Kommissionspräsident selbst. Ohne beide wäre das Energie- und Klimapaket niemals auf den Weg gekommen. Als Verband hat mich vor kurzem am meisten der BDI beeindruckt, der mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit endlich die Chancen des Klimaschutzes hervorhebt. Bisher hat der BDI immer aus-

schließlich von Kosten und Jobverlusten gesprochen und dargelegt, was alles nicht geht. Nun hat er die Strategie zumindest ein klein wenig geändert und legt dar, was deutsche Unternehmen in puncto Klimaschutz, nachhaltige Energieversorgung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien alles tun können. Ich würde mir wünschen, die Verbände der Automobilindustrie und der Chemie würden sich diesem positiven Beispiel anschließen.

**SMD:** *Frau Professor Kemfert, ich danke Ihnen für das Gespräch.*